

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichtsrats, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlich bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1621, Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis: Einmalig mit Anweisung der Summe und Freizugabe des Postgebührens für die Zeit eines halben Monats: Preis des Monats 1,20 M., beim Abbestellen in der nächsten Nummer 1,50 M., beim Abbestellen in der nächsten Nummer 1,50 M. (Sonntagsnummer 1,50 M.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drittelzeilige 8 Pfg. Im Textfeld die 90 mm breite Millimeterzeile 80 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 179

Dienstag, den 2. August 1932.

87. Jahrgang

## Tageschau.

- In einer Unterredung mit einem ausländischen Pressevertreter äußerte sich Reichkanzler von Papen über das Wahlergebnis und über die nächsten politischen Aufgaben.
- Der neugewählte Reichstag wird voraussichtlich erst zum 29. oder 30. August einberufen werden.
- Der vom Reichkanzler v. Papen einberufene preussische Landtag wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten.
- Reichsminister Dr. Brügel erteilt einen Auftrag, der eine letzte Warnung vor wilder Hege und zum Blätterort darstellt.
- In Königsberg kam es nach der Wahl zu verdrößerischen Ausschüssen. Bisher wurden 20 Personen verhaftet. Das Untersuchungsgericht hat noch nicht entschieden.
- Die thüringischen Landtagswahlen am Sonntag ergaben eine starke nationale Mehrheit.
- Die Regierung von Paraguay ersuchte den Kongress um Mobilisierung gegen Bolivien.
- Bei dem Seesick in Gdingen leistete sich Polen unerhörte Herausforderungen gegenüber Deutschland.
- Deutschland hat am Sonntag bei der Olympiade in Los Angeles eine Goldmedaille, zwei silberne und zwei bronzene Medaillen errungen.

## Reichkanzler v. Papen über die nächsten politischen Aufgaben

Berlin, 1. August. Der Reichkanzler gewährte heute dem Vertreter der Associated Press, Louis W. Lochner, ein Interview, in dem er rundweg und unzweideutig erklärte, seine Regierung beabsichtige keinesfalls, sich um die Bildung einer Koalition im Reichstag zu bemühen, die zur Unterstützung der Reichsregierung auf die Parteien angewiesen ist, aus denen sie sich zusammensetzt.

Der Reichkanzler erklärte dann: Wenn die Wahl überhaupt eine besondere Bedeutung gehabt hat, dann besteht diese darin, daß das deutsche Volk das Bestreben der Regierung gutgeheißt hat, das Land von der Parteikontrôle zu befreien. Was wir verlangen, ist, daß unser Bemühen, Deutschland von seinen Schwierigkeiten zu befreien, gebildet werde.

„Meine Kollegen und ich wollen mit unserem Programm aufbauenden Strebens vor den Reichstag treten und seine Mitglieder vor die Entscheidung stellen, ob sie uns angesichts des dringenden Bedürfnisses nach objektiver, unparteilicher Arbeit aus dem Sattel zu werfen wagen.“

Der Gedanke an die Möglichkeit eines *Mittrauensvotums* schien dem Reichkanzler, wie der Vertreter der Associated Press bemerkte, vollkommen unberührt zu lassen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die *Zentrumspartei*, die er angehört, bevor er Reichkanzler wurde, und die ihn während des Wahlsfeldzuges scharf bekämpfte, nicht das Odium auf sich laden würde, eine neue Kabinettskrise hervorzurufen. Hinsichtlich Adolf Hitlers war er der Überzeugung, daß der Augenblick gekommen sei, daß die nationalsozialistische Regierung am Wiederaufbau des Vaterlandes mitwirken müsse.

Als der Vertreter der Associated fragte, was der Reichkanzler mit seiner Anspielung auf eine mögliche Verfassungsrevision in seiner letzten Rundfunkansprache gemeint habe, antwortete der Kanzler: Der jetzige Reichstag besteht, so wie er gegenwärtig aus einer einzigen Kammer besteht, nicht die Gegengewichte und Ausgleichs, die beispielsweise Ihr amerikanischer Kongress im Senat besitzt. Unser Reichsrat, unser Bundesrat, kann nicht mit Ihrem Senat verglichen werden. Seine Befugnisse sind weit geringer. Ich bin der Auffassung, daß Deutschland ein Oberhaus braucht.

Eine andere Sache, die berichtigt werden müßte, ist unser sogenanntes *Wahlrecht*, nach dem jede Partei eine Liste von Kandidaten aufstellt, von denen für je 60 000 erhaltene Stimmen, einer als gewählt erklärt wird. Es ist stets da kein persönlicher Kontakt oder praktisch kein Kontakt zwischen dem Kandidaten und seinen Wählern. Dieser hat nicht einmal einen Einfluß auf die Aufstellung des Kandidaten. Dieser erfolgt für gewöhnlich durch einen kleinen Wahlzugsauschuß der Partei. In England und Amerika muß sich ein Kandidat in seinen Wahlkreis stellen und das Vertrauen der Wähler, die ihn wählen, gewinnen. In Deutschland entscheidet ein Wähler über die Partei, die er zu unterstützen wünscht, aber er hat keinen Kontakt mit seinen Kandidaten. Ich hoffe, daß unser Wahlrecht in dem Sinne revidiert werden wird, daß die persönliche Ver-

antwortung des Reichstagsmitgliedes wieder hergestellt wird. Hätte es gestern ein solches System gegeben, dann hätte ich in meinem heimatischen westfälischen Wahlkreis gestanden, wo mich jeder kennt, und ich hätte mich selbst als Kandidat auf der Kandidatenliste des Zentrums gemeldet. Ich bin sicher, daß ich gewählt worden wäre.

Der Reichkanzler bemerkte, daß in jedem Lager politische Führer von Verwaltungsreformen gesprochen hätten, aber niemand habe gehandelt. Binnen wenigen Tagen nach meiner Ernennung zum Reichsminister für Preußen verschmolzen wir 58 Kreise mit größeren Kreisen und vereinfachten die Verwaltung durch Aufhebung von 60 Landratsstellen. In derselben Richtung beabsichtigen wir weitere Verwaltungs- und Landreformen zu verwirklichen, die sowohl im Reich, als auch in Preußen einer Lösung dringend bedürfen.

Als der Vertreter der Associated Press den Reichkanzler darauf aufmerksam machte, daß einige amerikanische Zeitungen das Ergebnis der Reichstagswahl in dem Sinne interpretierten, daß 60 Prozent des neuen Reichstages antirepublikanisch eingestellt seien, womit sie die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten meinten, erklärte Herr v. Papen: Die Frage der Staatsform steht nicht im geringsten zur Debatte. Das stand auch bei der Wahl nicht zur Debatte. Das ganze deutsche Volk ist darum besorgt, sein Haus in Ordnung zu bringen und wir haben keine Zeit, an die Staatsform zu denken.

Zu den außenpolitischen Problemen übergehend, bemerkte der Reichkanzler, daß die deutsche Regierung nicht eine Politik der Autarkie zu ihrer Hauptpolitik mache. Er sagte, die autarkischen Bemühungen, die wir machen, sind uns durch die Weltlage aufgedrungen worden und sind nicht aus unserem Willen hervorgegangen. Wir wollen ebensowohl wie irgendeine andere Nation daran mitarbeiten, daß die Zollmauern niedergelegt werden und der Güterauswärt erleichtert wird. Leben und Gedeihen ist unser Wunsch.

Gegen Ende des Interviews machte der Vertreter der Associated Press den Reichkanzler darauf aufmerksam, daß die Antipresse der Regierung zum Vorkommen mache, daß sie gegen kommunizistische Ausschreitungen Stellung nehme, aber nicht sage, daß Nationalsozialisten sich Gesetzesübertretungen zuschulden kommen ließen. Der Reichkanzler erwiderte darauf unverzüglich und bestimmt:

Wer auch immer nachgewiesenermaßen für Zwischenfälle verantwortlich ist, wie für die bedauerlichen Ereignisse in Königsberg, wird erfahren, daß wir entschlossen sind, rasch und summarisch mit ihm zu verfahren.

Der Reichkanzler verneinte, daß die Absicht bestände, die Kommunistische Partei für außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären.

## Der Zusammentritt des neuen Reichstags.

Der neue Reichstag muß nach der Verfassung spätestens am 30. Tage nach der Wahl, also am 30. August, zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Eine Entscheidung darüber, wann der Reichstag einberufen wird, ist noch nicht getroffen. Sie wird auch erst nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses durch den Reichswahlprüfungsausschuß getroffen werden. Man vermutet, daß dies nach dem Burgfrieden, also nach dem 10. August, der Fall sein wird. Den Termin der ersten Sitzung des neuen Reichstages bestimmt die Regierung, während die Einberufung durch den Präsidenten des alten Reichstages, Lohde, der bis zum Zusammentritt noch die Reichstagsgeschäfte führt, erfolgt.

In politischen Kreisen glaubt man, daß die Reichsregierung den Reichstag erst zum spätestmöglichen Termin einberufen wird, also

voraussichtlich zum 29. oder 30. August.

Eine wesentlich frühere Einberufung ist wegen der Fristen, die für die Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses und die Annahmeerklärung der gewählten Abgeordneten gesetzt sind, auch nicht möglich.

Die Zunahme der Abgeordneten um 25 bis 30 stellt die Reichstagsverwaltung vor neue Schwierigkeiten. Schon vor dem Zusammentritt des letzten Reichstages mußte der Sitzungssaal völlig umgebaut werden, um Sitzplätze für die vielen neuen Abgeordneten zu schaffen. Wie man für die neuen Abgeordneten in dem schon jetzt bis zum Neuesten ausgenutzten Raum Platz schaffen wird, ist noch nicht entschieden.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Ergebnis der Reichstagswahl ist in den Grundzügen bereits gemeldet worden. Heute wird von zuständiger Seite ergänzend

mitgeteilt: Der Zweck der Wahl ist nach der Auffassung der Reichsregierung gewesen, die Stimmung der Bevölkerung festzustellen. Die Regierung will alle Kräfte, die zur Mitarbeit bereit sind, auch zur verantwortlichen Mitwirkung im Staate heranziehen. Die Regierung beabsichtigt, durch ihre praktische Arbeit dieser Auffassung Ausdruck zu geben. Nach ihrer Auffassung hat die Wahl vor allem bewiesen, daß die Reichsregierung durchaus richtig handelte, als sie in Preußen einen Reichskommissar einsetzte, denn anderenfalls würde, wie besonders betont wird, die kommunistische Bewegung vielleicht einen noch größeren Umfang angenommen haben. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Arbeit frei von parteipolitischen Bindungen auf dem nunmehr gewonnenen Boden weiterzuführen. Sie wird vor den Reichstag treten und die Zustimmung einer Mehrheit des neuen Parlaments für ihre weitere Arbeit suchen.

Die Regierung beabsichtigt bereits jetzt, diesem neuen Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vorzulegen, auf Grund dessen sie mehrere Monate ungestört arbeiten kann, denn ihr sachliches Programm (Arbeitsbeschaffung, Siedlung, Kulturpolitik usw.) wird erst in diesem Zeitpunkt systematisch durchgeführt werden können.

## Bestimmte Forderungen der NSDAP?

In politischen Kreisen rechnet man auf Grund von Nachrichten aus dem nationalsozialistischen Lager damit, daß die Nationalsozialistische Partei nunmehr bestimmte Forderungen an die Reichsregierung stellen wird, die sich angeblich auf eine Neubekleidung des Kanzlerpostens und des Reichsinnenministeriums erstrecken. Ob diese Forderungen sich bestätigen werden, bleibt vorläufig dahingestellt.

In welcher Weise sich die Nationalsozialisten an der Regierung beteiligen werden und wie dann zwischen der NSDAP und dem Zentrum eine Verständigung über die Neuordnung der Dinge in Preußen gefunden wird, läßt sich im einzelnen jetzt noch nicht absehen, aber es ist bemerkenswert, daß an den maßgebenden Stellen in dieser Hinsicht eine ziemlich zuverlässige Auffassung obwaltet. Bis alle diese Dinge in Reich und Preußen neu geregelt sind, dürfte allerdings wohl die Mitte des Monats September herankommen. Zunächst richtet man das Hauptaugenmerk auf die dringend notwendige Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

## Hugenberg zum Wahlergebnis.

Berlin, 1. August. Der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, hat an die Mitglieder der DNVP, folgenden Aufruf erlassen: „Wieder liegt ein Abschnitt unseres nun schon viele Jahre währenden Kampfes hinter uns. Die Reichstagswahl hat für die Deutschnationalen gegenüber den letzten Wahlen einen Gewinn gebracht. In der Mehrzahl der Wahlkreise ist auch ein erfreulicher Fortschritt gegenüber der Reichstagswahl von 1930 zu verzeichnen, der sich aber wegen der Verluste in einigen östlichen Wahlkreisen nicht auf das gesamte Ergebnis auswirken konnte. Die Deutschnationale Volkspartei hat allem zum Trost erneut ihre Verbundenheit bewiesen. Allen denen, die sich überzeugungstreu und opferfreudig für unsere deutschnationale Bewegung eingesetzt haben, spreche ich Anerkennung und herzlichen Dank aus, insbesondere auch der in unseren Kampfbünden organisierten Jugend. Sie haben alle dazu beigetragen, daß die Deutschnationale Volkspartei in Ehren aus diesem Kampf hervorgegangen ist.“

## Papen läßt den Preußenlandtag einberufen.

Berlin, 1. August. Der Reichkanzler hat als Reichskommissar für Preußen dem Preussischen Landtag offiziell von der Bildung der provisorischen preussischen Regierung in einem Schreiben Kenntnis gegeben, das den Landtagsmitgliedern als Drucksache zugestellt worden ist. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Braun und die übrigen preussischen Minister von der Ausübung ihrer Amtspflichten entbunden worden sind und wer mit der vorläufigen Leitung der einzelnen Ministerien beauftragt ist. Der Ältestenrat des Preussischen Landtags ist für Mittwoch zu einer Sitzung einberufen, um den Termin der nächsten Landtagsitzung festzusetzen. Es ist anzunehmen, daß der Preussische Landtag schon in der nächsten Woche zusammentritt. Seine Hauptaufgabe wäre jetzt die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten, die nach einer Vereinbarung von Zentrum und Nationalsozialisten bis nach der Reichstagswahl verschoben worden war. Der Reichskommissar ist nicht verpflichtet, vor dem Landtag zu erscheinen, da seine Tätigkeit nicht von dem Vertrauen des Landtags abhängig ist.